

Otto H. Jacobs
Internationale Unternehmensbesteuerung

Internationale Unternehmensbesteuerung

Deutsche Investitionen im Ausland
Ausländische Investitionen im Inland

Begründet von

Prof. (em.) Dr. Dr. h. c. mult. Otto H. Jacobs

Professor für Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre
an der Universität Mannheim, Steuerberater

Herausgegeben von

Christoph Spengel

bearbeitet von

Dr. Sven-Eric Bärsch,

Partner einer Partnerschaft von Rechtsanwälten,
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Steuerberater,
Frankfurt a. M.

Dr. Ralf U. Braunagel,

Partner einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberater, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Jost H. Heckemeyer,

ord. Professor für Unternehmensrechnung und
Unternehmensbesteuerung an der Christian-
Albrechts-Universität zu Kiel

Jessica M. Müller,

M. Sc., Universität Mannheim

Prof. Dr. Katharina Nicolay,

Junioprofessorin für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre,
insb. Unternehmensbesteuerung an der Universität
Mannheim

Dr. Hannah Nusser,

Partnerin einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberaterin, Stuttgart

Prof. Dr. Andreas Oestreicher,

ord. Professor für Betriebswirtschaftslehre und
Betriebswirtschaftliche Steuerlehre
an der Georg-August-Universität Göttingen,
Steuerberater

Prof. Dr. Christoph Spengel,

ord. Professor für Betriebswirtschaftslehre und
Betriebswirtschaftliche Steuerlehre
an der Universität Mannheim

Dr. Kathrin Stutzenberger,

Steuerberaterin, Stuttgart

Dr. Ina Wilhelm,

Steuerberaterin, Frankfurt a. M.

9., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2023

Zitiervorschlag: Jacobs Int. Unternehmensbesteuerung S. ...

www.beck.de


ISBN 978 3 406 77549 9

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

CO₂
neutral


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 9. Auflage

Die Neuauflage berücksichtigt sämtliche einschlägigen Gesetzesänderungen und Verwaltungsanweisungen in Deutschland (bis zur parlamentarischen Sommerpause 2022) sowie alle aktuellen Entwicklungen auf Ebene der OECD und im Steuerrecht der Europäischen Union seit dem Jahr 2015:

- Für die Unternehmensbesteuerung besonders relevante Gesetzesänderungen in Deutschland betreffen die Umsetzung der EU „Anti-Tax-Avoidance-Directive (ATAD)“, etwa bei der Hinzurechnungsbesteuerung sowie den Entstrickungs- und Verstrickungsregelungen, die Änderungen im Bereich der Berichtigung von Einkünften (§§ 1 ff. AStG, FVerlV) sowie der Berichts- und Mitwirkungspflichten (§§ 90, 138a ff. AO), die Reform des Grunderwerbsteuergesetzes in Bezug auf Share Deals, das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts (KöMoG), die Einführung des § 4k EStG zur Eindämmung hybrider Gestaltungen sowie die Änderung des § 3a EStG im Hinblick auf Sanierungserträge.
- International waren ebenfalls Reformen der steuerlichen Rahmenbedingungen zu verzeichnen. Diese betrafen zum einen den Europäischen Raum: Der zweite Teil (Europateil) wurde an die aktuellen Steuerrechtsentwicklungen in sämtlichen Mitgliedstaaten angepasst. Zudem wurden in den relevanten Teilen der Neuauflage die Änderungen berücksichtigt, die durch die ATAD und die „Directives on Administrative Cooperation (DAC)“, insbesondere beim „Country-by-Country-Reporting (CbCR)“, sowie durch die Einführung des EU-Streitbeteiligungsverfahrens ausgelöst wurden.
- Auf Ebene der OECD ergeben sich Änderungen durch das OECD-Musterabkommen 2017 und dessen Kommentierung. Zudem wurden die Abschlussberichte zu den 15 Aktionspunkten des BEPS-Projekts eingearbeitet. Schließlich wurden insbesondere im fünften Teil (Erfolgs- und Vermögensabgrenzung) die neuen Verrechnungspreisleitlinien der OECD, die ergänzenden Leitlinien für die Zuordnung von Gewinnen zu Betriebsstätten und, bezogen auf Deutschland, die Verwaltungsgrundsätze 2020, die Verwaltungsgrundsätze Verrechnungspreise sowie die zahlreichen Verrechnungspreisurteile des Bundesfinanzhofs berücksichtigt.
- Der sechste Teil (Grenzüberschreitende Steuerplanung) wurde vollständig überarbeitet und an die o. a. aktuellen Rechtsänderungen angepasst. Gegenüber der Voraufgabe entfallen sind die beiden Kapitel zur Nutzung von Qualifikationskonflikten und zur Steuerplanung in Entsandungsfällen.

Das Autorenteam hat sich verändert. Prof. Dr. Dieter Endres hat sich mit Beendigung seiner Berufstätigkeit aus dem Herausgeber- und Autorenteam zurückgezogen. Dieter Endres hat den „Jacobs“ vor 40 Jahren mit unserem Doktorvater Otto H. Jacobs sowie zwei Lehrstuhlkollegen – Alexander Selent und Alfred Storck – geschaffen und in acht Auflagen, insbesondere im sechsten Teil (Grenzüberschreitende Steuerplanung), maßgeblich geprägt. Seine Mitwirkung am „Jacobs“ war von unschätzbarem Wert, zumal ihm gleichzeitig die Aufgabe zugefallen ist, die komplexen Zusammenhänge der internationalen Unternehmensbesteuerung auf ihre praktische Relevanz zu überprüfen. Es war ein Privileg, mit Dieter Endres zusammenzuarbeiten und von ihm zu lernen. Nicht nur dafür gilt ihm mein besonderer Dank.

Aus beruflichen Gründen ist Prof. Dr. Andreas Schumacher ebenfalls aus dem Autorenteam ausgeschieden. Für seine Mitarbeit an den beiden Voraufgaben danke ich ihm herzlich.

Das Autorenteam der Neuauflage ist bis auf Prof. Dr. Andreas Oestreicher und mich neu zusammengesetzt. Dabei wurde im Sinne der Kontinuität bewusst auf Verjüngung bei gleichzeitiger Konstanz der „Mannheimer Schule“ geachtet. Die neu hinzugekommenen Autoren sind ehemalige sowie aktuelle Mitarbeiter des Lehrstuhls, die zum Teil bereits an

Vorauslagen mitgewirkt haben, weshalb die bewährte Teamarbeit auch bei der Neuauflage beibehalten werden konnte.

Dem gesamten Autorenteam sei ebenso gedankt wie den studentischen Hilfskräften, die bei der Literaturlauswertung, den Beispielsberechnungen, bei den Korrekturarbeiten sowie bei der Erstellung des Schriftenverzeichnis und des Stichwortverzeichnis mitgewirkt haben.

Gedankt sei zum Schluss der Universität Mannheim, dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim (ZEW) sowie dem Leibniz WissenschaftsCampus Mannheim Taxation, dessen Forschungsarbeiten die Neuauflage befruchtet haben. Dem Verlag C. H. Beck, insbesondere Frau Gabriele Wichmann-Woge, gilt mein großer Dank für die nun schon jahrelang bestehende gute Zusammenarbeit.

Mannheim, im April 2023

Christoph Spengel

Vorwort zur 1. Auflage

Das vorliegende Handbuch stellt die Handlungsalternativen, die ein deutsches Unternehmen bei der Gestaltung seiner Auslandsaktivitäten hat (Direktgeschäfte, Betriebsstätte, Personen- und Kapitalgesellschaft), geschlossen dar; es analysiert die jeweiligen in- und ausländischen Steuerfolgen und zeigt in Gegenüberstellungen ihre steuerlichen Belastungsdifferenzen auf. Annähernd 200 Beispiele, viele tabellarische Übersichten und ein ausführliches Register sollen den angesprochenen Steuerpraktikern die Erarbeitung und Anwendung der komplizierten Materie der internationalen Unternehmensbesteuerung erleichtern helfen. Einzelheiten zur Zielsetzung, zum Aufbau und Adressatenkreis sind dem einleitenden Teil zu entnehmen.

Das Buch ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Mannheim. Deshalb gilt mein erster Dank meinen Kollegen der Fakultät für Betriebswirtschaftslehre, die mir die Leitung des Instituts für die Erarbeitung des Projektes übertragen haben. Mein Dank gilt auch meinen Mitarbeitern. Neben mir zeichnet vor allem Herr Dr. Alfred Storck Verantwortung für den Aufbau und Inhalt des Buches. Es ist zwar schwierig, die Arbeiten der Beteiligten einer Gemeinschaftsarbeit gegeneinander abzugrenzen, mit folgender grober Charakterisierung sei dennoch ein Versuch gestartet. Dr. Storck war – im ländlichen Bild gesprochen – der Pflug im dornigen Feld der internationalen Besteuerung, meine Mitarbeiter Dr. Endres und Dr. Selent übernahmen stärker die Funktion der Egge, bei mir lag mehr die Aufgabe des Zugtieres, wobei es dem verehrten Leser vorbehalten bleiben soll, dessen Gattung zu bestimmen.

Neben den verantwortlichen Mitarbeitern möchte ich auch den Herren Dr. Roland Kopp, Dipl.-Kfm. Wolfram Scheffler sowie Dipl.-Kfm. Bernd Siefert danken, die in Einzelbereichen bzw. bei der Korrektur und den Registern behilflich waren. Die studentischen Hilfskräfte haben sich durch konstruktive Kritik und bei den technischen Arbeiten ausgezeichnet. Mein Dank gilt nicht zuletzt den beiden Sekretärinnen, Frau Lutz und Frau Osthoff, die das umfangreiche Manuskript gleich mehrmals in verschiedenen Fassungen geschrieben haben und dabei stets freundlich geblieben sind.

Das Manuskript wurde im Herbst 1982 abgeschlossen und vom Verlag C. H. Beck unmittelbar in Angriff genommen; auch ihm sei für die gute Zusammenarbeit gedankt.

Mannheim, im Februar 1983

Otto H. Jacobs

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abbildungsübersicht	XXXI
Tabellenübersicht	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

Einleitung: Problemstellung, Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	1
---	---

Erster Teil. Grundtatbestände der internationalen Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Doppel- und Minderbesteuerungen und damit verbundene betriebs- und volkswirtschaftliche Konsequenzen	3
2. Kapitel. Ursachen der Doppel- und Minderbesteuerungen	6
3. Kapitel. Möglichkeiten zur Vermeidung von Doppelbesteuerung	10
4. Kapitel. Konkrete Ausgestaltung der Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen und Doppelbesteuerungsabkommen ...	31
5. Kapitel. Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	76
6. Kapitel. Objektsteuern	91

Zweiter Teil. Der Einfluss der Europäischen Integration auf die internationale Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Rechtsgrundlagen: Steuerrechtliche Vorschriften im europäischen Vertragswerk und ihre Umsetzung	96
2. Kapitel. Überblick über die Unternehmensbesteuerung und ihre Belastungswirkungen in den Mitgliedstaaten	104
3. Kapitel. Stand der Steuerharmonisierung in der EU	145
4. Kapitel. Reformüberlegungen	195

Dritter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen ausländischer Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften ausländischer Investoren	215
2. Kapitel. Besteuerung von inländischen Kapitalgesellschaften ausländischer Investoren	238
3. Kapitel. Besteuerung von inländischen Betriebsstätten ausländischer Investoren	261
4. Kapitel. Besteuerung von inländischen Personengesellschaften ausländischer Investoren	297

Vierter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen deutscher Investoren im Ausland (Outbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften inländischer Investoren	315
2. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Kapitalgesellschaften inländischer Investoren	332

3. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Betriebsstätten inländischer Investoren	384
4. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Personengesellschaften inländischer Investoren	405

Fünfter Teil. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung

1. Kapitel. Internationaler Maßstab	453
2. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Direktgeschäften	538
3. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Kapitalgesellschaften	544
4. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Betriebsstätten	684
5. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Personengesellschaften	751
6. Kapitel. Verfahrensrechtliche Regelungen	772

Sechster Teil. Grenzüberschreitende Steuerplanung

1. Kapitel. Anknüpfungsmerkmale, Instrumente und Legitimität der internationalen Steuerplanung	819
2. Kapitel. Steueroptimale Rechtsformwahl im In- und Ausland	826
3. Kapitel. Steuerplanung bei der Unternehmensfinanzierung	871
4. Kapitel. Steuerplanung mit Holdinggesellschaften	918
5. Kapitel. Steuerplanung mit Verrechnungspreisen und Konzernumlagen	969
6. Kapitel. Internationale M&A-Steuerstrategien	1032
Literaturverzeichnis	1129
Entscheidungsregister	1225
Stichwortverzeichnis	1251

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abbildungsübersicht	XXXI
Tabellenübersicht	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Einleitung: Problemstellung, Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	1
Erster Teil. Grundtatbestände der internationalen Unternehmensbesteuerung	
1. Kapitel. Doppel- und Minderbesteuerungen und damit verbundene betriebs- und volkswirtschaftliche Konsequenzen	3
2. Kapitel. Ursachen der Doppel- und Minderbesteuerungen	6
A. Personensteuern	6
B. Objektsteuern	9
3. Kapitel. Möglichkeiten zur Vermeidung von Doppelbesteuerung	10
A. Anrechnungs- und Freistellungsmethode	10
I. Ergebnisse ohne Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	11
II. Ergebnis bei Anwendung der Anrechnungs- und Freistellungsmethoden im Gewinnfall	12
1. Die Anrechnungsmethoden	12
a) Uneingeschränkte Anrechnung	12
b) Begrenzte Anrechnung	12
2. Die Freistellungsmethoden	13
a) Uneingeschränkte Befreiung	13
b) Befreiung mit Progressionsvorbehalt	13
III. Ergebnis bei Anwendung der Anrechnungs- und Freistellungsmethoden im Verlustfall	14
1. Die Anrechnungsmethoden	14
2. Die Freistellungsmethoden	14
a) Uneingeschränkte Befreiung	15
b) Befreiung mit Progressionsvorbehalt	15
B. Wettbewerbspolitische Konsequenzen der Methoden: Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	17
I. Zum Begriff der Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	17
II. Vor- und Nachteile von Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	19
III. Die Ausgestaltung der Anrechnungs- und Freistellungsmethode als Verfah- ren zur Verwirklichung von Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	20
IV. Schlussfolgerungen zur Anwendbarkeit der Methoden	23
4. Kapitel. Konkrete Ausgestaltung der Methoden zur Vermeidung der Dop- pelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen und Doppelbesteuerungs- abkommen	31
A. Vor- und Nachteile von unilateralen Maßnahmen und von Doppelbesteue- rungsabkommen (DBA)	31

B. Die Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen	33
I. Einkommensteuer	33
1. Anrechnungsmethode	33
a) Darstellung der Anrechnungsmethode	33
(1) Unbeschränkte Steuerpflicht	34
(2) Subjektidentität	34
(3) Gleichartige Auslandssteuer	35
(4) Identität des Veranlagungszeitraums	35
(5) Ausländische Einkünfte	35
(6) Anrechnungshöchstbetrag	38
b) Kritikpunkte und Reformansätze	42
(1) Anwendungsvoraussetzungen des § 34c Abs. 1 EStG	43
(2) Anrechnungshöchstbetrag	44
2. Abzugsmethode	47
a) Darstellung der Abzugsmethode	47
b) Vorteilhaftigkeitsvergleich zwischen Anrechnungs- und Abzugs- methode	49
3. Pauschalierungs- und Erlassmethode	50
II. Körperschaftsteuer	52
1. Anrechnungsmethode	52
2. Freistellungsmethode	52
3. Abzugsmethode	56
4. Pauschalierungs- und Erlassmethode	56
C. Die Vermeidung von Doppelbesteuerungen im Abkommensrecht	56
I. Die Umgrenzung der Quellenbesteuerung	57
1. DBA zwischen Industrieländern (OECD-Musterabkommen)	57
2. DBA mit Entwicklungsländern	60
II. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat	62
1. Einkommensteuer	64
a) Anrechnungs- und Abzugsmethode	64
(1) Die Anrechnungsmethode	64
(a) Anrechnung der tatsächlich gezahlten Steuer	64
(b) Behandlung eines Steuerüberhangs	65
(c) Länder- und einkunftsbezogene Begrenzung der Anrechnung	65
(2) Die fiktive Steueranrechnung	66
(3) Wahlrecht Anrechnungs-/Abzugsmethode	67
(4) Ausschließlicher Abzug	68
b) Freistellungsmethode	68
2. Körperschaftsteuer	71
D. Das Verhältnis der unilateralen Maßnahmen zu den Regelungen des Abkommensrechts	72
5. Kapitel. Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	76
A. Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	76
I. Außensteuergesetz	76
II. Sonstiges Recht	77
B. DBA als Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	79
C. Das OECD-BEPS-Projekt	80
6. Kapitel. Objektsteuern	91

Zweiter Teil. Der Einfluss der Europäischen Integration auf die internationale Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Rechtsgrundlagen: Steuerrechtliche Vorschriften im europäischen Vertragswerk und ihre Umsetzung	96
A. Zielsetzungen des europäischen Vertragswerks und Implikationen für die Harmonisierung des europäischen Steuerrechts	96
B. Organisationsstruktur, Rechtsquellen, Rechtssetzungsverfahren und Gerichtsbarkeit in der EU	100
2. Kapitel. Überblick über die Unternehmensbesteuerung und ihre Belastungswirkungen in den Mitgliedstaaten	104
A. Grundlagen	104
B. Einkommen- und Körperschaftsteuer	106
I. Bemessungsgrundlage (Gewinnermittlungsvorschriften)	106
II. Einkommen- und Körperschaftsteuersätze	116
III. Körperschaftsteuersysteme	119
1. Systematisierung und Überblick über die Systeme	119
2. Besteuerungswirkungen bei nationaler Geschäftstätigkeit	120
3. Besteuerungswirkungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	124
4. Ergebnis und Trends in der Entwicklung der Körperschaftsteuersysteme ..	125
C. Sonstige Unternehmenssteuern	127
D. Steuerliche Investitions- und Innovationsförderung	129
E. Belastungswirkungen der unterschiedlichen Unternehmenssteuern in Europa im Vergleich	136
I. Anforderungen an internationale Steuerbelastungsvergleiche	136
II. Methoden zur Berechnung und zum Vergleich internationaler Steuerbelastungen	138
III. Ergebnisse von Steuerbelastungsvergleichen auf der Grundlage von Modellenunternehmen (European Tax Analyzer)	140
1. Prämissen	140
2. Vergleich der Steuerbelastungen für ein typisches Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes	140
IV. Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen	143
3. Kapitel. Stand der Steuerharmonisierung in der EU	145
A. Harmonisierung im Bereich der indirekten Steuern	145
I. Umsatzsteuer	145
II. Besondere Verbrauchsteuern	148
B. Harmonisierung im Bereich der direkten Steuern	149
I. Die Mutter-Tochterrichtlinie	150
II. Die Fusionsrichtlinie	155
III. Die Zins- und Lizenzgebührenrichtlinie	159
IV. Die Anti-Steuervermeidungsrichtlinie	161
V. Fazit	165
C. Internationales Zusammenwirken im Besteuerungsverfahren	166
I. Amtshilfe- und Beitreibungsrichtlinie	166
II. Schiedsverfahrenskonvention	169
III. Streitbeilegungsrichtlinie	171
D. EU-rechtliche Vorgaben zur Ausgestaltung der direkten Steuern in den Mitgliedstaaten	173
I. Vorbemerkungen	173

II. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbote der Grundfreiheiten	174
1. Niederlassungsfreiheit	174
2. Kapitalverkehrsfreiheit	178
3. Abgrenzung der Grundfreiheiten	181
4. Zusammenwirken mehrerer Rechtsordnungen	182
5. Rechtfertigungsgründe für Eingriffe in die Grundfreiheiten	183
III. Beihilfeverbot	190
1. Tatbestand unzulässiger Beihilfen	190
2. Verhältnis des Beihilfeverbots zu den Diskriminierungs- und Beschränkungs- verboten	193
IV. Folgerungen	193
4. Kapitel. Reformüberlegungen	195
A. Ziele des Europäischen Binnenmarkts sowie Anforderungen an die Besteuerung von Unternehmen in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht	195
B. Harmonisierung der nationalen Steuersysteme	196
C. Harmonisierung der Körperschaftsteuersätze	197
D. Nebeneinander von Wohnsitz- und Quellenprinzip	197
I. Wohnsitzprinzip und Steuerneutralität im Binnenmarkt	197
II. Aufteilung der Besteuerungsgrundlagen	198
III. Aufkommensverteilungskonflikte und EU-Recht	199
E. Schaffung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungs- grundlage	200
I. Grundidee, Funktionsweise, Fragestellungen und Modelle der Konzern- besteuerung	200
II. Vorstellungen zur Harmonisierung der Gewinnermittlung	202
III. Vorteile einer gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage	204
IV. Begründung einer formelhaften Gewinnaufteilung	207
V. Folgen für den Steuerwettbewerb und die Steuersätze in der EU	209
F. Fazit	210

Dritter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen ausländischer Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften ausländischer Investoren	215
A. Qualifikationsproblematik bei Direktgeschäften	215
I. Nationales Recht	215
1. Der Umfang der Quellenbesteuerung	215
2. Die isolierende Betrachtungsweise	217
II. Abkommensrecht	219
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	224
I. Nationales Recht	224
II. Abkommensrecht	233
2. Kapitel. Besteuerung von inländischen Kapitalgesellschaften ausländischer Investoren	238
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Kapitalgesellschaften	238
I. Nationales Recht	238
II. Abkommensrecht	240
III. Bestimmung der Ansässigkeit einer Gesellschaft vor dem Hintergrund einer verstärkten Digitalisierung der Wirtschaft	241

B. Durchführung der laufenden Besteuerung	242
I. Nationales Recht	242
1. Besteuerung der Gesellschaft	242
a) Körperschaftsteuer	242
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	243
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	245
b) Gewerbesteuer	246
2. Besteuerung der Gesellschafter	247
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	247
b) Die Besteuerung im Verlustfall	249
II. Abkommensrecht	251
1. Besteuerung der Gesellschaft	251
2. Besteuerung der Gesellschafter	252
a) Grundsätzliche Besteuerungsfolgen	252
b) Besonderheiten bei Muttergesellschaften mit Sitz in EU-Mitglied-	
staaten	253
c) Besonderheiten bei Zwischenschaltung ausländischer Rechtsträger	254
3. Kapitel. Besteuerung von inländischen Betriebsstätten ausländischer	
Investoren	261
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Betriebsstätten	261
I. Betriebsstättengrundtatbestände	262
1. Der Betriebsstättenbegriff im nationalen Recht	262
a) Grundmerkmale der allgemeinen Betriebsstättendefinition	
(Grundtatbestand)	262
(1) Feste Geschäftseinrichtung	262
(2) Nachhaltigkeit	263
(3) Verfügungsmacht	264
(4) Tätigkeit eines Unternehmens	265
b) Betriebsstättenbeispiele (Positivkatalog)	266
2. Der Betriebsstättenbegriff im Abkommensrecht	268
a) Einschränkungen der allgemeinen Betriebsstättendefinition (Negativ-	
katalog)	269
(1) DBA mit Industrieländern (OECD-Musterabkommen)	270
(2) DBA mit Entwicklungs- und aufstrebenden Ländern	
(UN-Musterabkommen)	273
b) Betriebsstättenbeispiele (Positivkatalog)	274
3. Das Verhältnis zwischen nationalem und abkommensrechtlichem	
Betriebsstättenbegriff	275
II. Betriebsstättensondertatbestände	275
1. Bauausführungen und Montagen	276
2. Wirtschaftsberatende und technische Dienstleistungen	283
3. Vertretertätigkeiten	285
a) Abgrenzung zwischen Betriebsstätte und Vertreter	285
b) Vertreterbegriff	286
(1) Nachhaltigkeit	287
(2) Weisungsgebundenheit	288
(3) Tätigkeit eines Unternehmens	290
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	291
I. Nationales Recht	291
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	292
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	292
b) Die Besteuerung im Verlustfall	293

2. Gewerbesteuer	294
II. Abkommensrecht	294
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	294
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	294
b) Die Besteuerung im Verlustfall	295
2. Gewerbesteuer	295
4. Kapitel. Besteuerung von inländischen Personengesellschaften ausländischer Investoren	297
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Personengesellschaften	297
I. Nationales Recht	297
II. Abkommensrecht	300
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	302
I. Nationales Recht	302
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	302
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	303
(1) Gewinnanteil	304
(2) Sondervergütungen	306
b) Die Besteuerung im Verlustfall	307
2. Gewerbesteuer	308
II. Abkommensrecht	309
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	309
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	309
(1) Gewinnanteil	309
(2) Sondervergütungen	310
b) Die Besteuerung im Verlustfall	312
2. Gewerbesteuer	313
 Vierter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen deutscher Investoren im Ausland (Outbound-Investitionen) 	
1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften inländischer Investoren	315
A. Qualifikationsproblematik bei Direktgeschäften	315
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	317
I. Quellenbesteuerung	317
1. Nationales Recht	317
2. Abkommensrecht	318
II. Wohnsitzbesteuerung	318
1. Nationales Recht	318
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	318
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	318
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	319
b) Gewerbesteuer	324
2. Abkommensrecht	326
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	326
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	326
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	326
b) Gewerbesteuer	328
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	328

2. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Kapitalgesellschaften inländischer Investoren	332
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Kapitalgesellschaften	332
I. Nationales Recht	332
1. Zur Methodik der Steuerrechtsqualifikation (Rechtstypenvergleich)	332
2. Besonderheiten bei Basisgesellschaften	337
a) Wesen und Zielsetzung von Basisgesellschaften	337
b) Durchgriffsbesteuerung	338
(1) Ausländische Kapitalgesellschaft als Scheingesellschaft (§ 41 Abs. 2 AO)	338
(2) Ausländische Kapitalgesellschaft als Treuhänderin (§ 39 AO)	338
(3) Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten bei Einschaltung von Basisgesellschaften (§ 42 AO)	339
c) Hinzurechnungsbesteuerung	342
(1) Reguläre Hinzurechnungsbesteuerung (§ 7 Abs. 1 AStG)	343
(2) Erweiterte Hinzurechnungsbesteuerung für Zwischeneinkünfte mit Kapitalanlagecharakter (§ 13 AStG)	347
(3) Würdigung und Perspektiven der Hinzurechnungs- besteuerung	348
3. Zusammenfassendes Prüfschema	350
II. Abkommensrecht	350
1. Die Qualifikation der Auslandsgesellschaft als abkommensberechtigte Person	350
2. Besonderheiten bei Basisgesellschaften	351
a) Durchgriffsbesteuerung und DBA	351
b) Hinzurechnungsbesteuerung und DBA	352
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	353
I. Domizilstaat der Kapitalgesellschaft	353
1. Nationales Recht	353
a) Besteuerung der Gesellschaft	353
b) Besteuerung der Gesellschafter	354
2. Abkommensrecht	355
a) Besteuerung der Gesellschaft	355
b) Besteuerung der Gesellschafter	356
II. Inlandsbesteuerung der Gesellschafter	360
1. Nationales Recht	360
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	360
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	360
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	363
(3) Besteuerungswirkungen bei Basisgesellschaften	368
(a) Durchgriffsbesteuerung	368
(b) Hinzurechnungsbesteuerung	368
b) Gewerbesteuer	371
2. Abkommensrecht	374
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	374
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	374
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	376
(3) Besteuerungswirkungen bei Basisgesellschaften	377
(a) Durchgriffsbesteuerung	377
(b) Hinzurechnungsbesteuerung	377
b) Gewerbesteuer	378
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	379

3. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Betriebsstätten inländischer Investoren	384
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Betriebsstätten	384
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	386
I. Domizilstaat der Betriebsstätte (Quellenbesteuerung)	386
1. Nationales Recht	386
2. Abkommensrecht	389
II. Inlandsbesteuerung des Stammhauses (Wohnsitzbesteuerung)	390
1. Nationales Recht	390
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	390
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	390
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	392
b) Gewerbesteuer	394
2. Abkommensrecht	394
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	394
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	394
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	397
b) Gewerbesteuer	400
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	401
4. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Personengesellschaften inländischer Investoren	405
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Personengesellschaften	405
I. Die Qualifikation der Gesellschaft (Steuersubjektqualifikation)	405
1. Nationales Recht	406
a) Zur Methodik der Qualifikation (Rechtstypenvergleich)	406
(1) Einordnung als Personen- oder Kapitalgesellschaft	406
(2) Überprüfung der Gewerbebetriebseigenschaft von Personen- gesellschaften	407
b) Beispiele zur Qualifikation ausländischer Gesellschaftsformen	408
2. Abkommensrecht	409
a) Vertragsstaaten mit Mitunternehmerkonzept	410
b) Vertragsstaaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	411
(1) Lösung subjektiver Qualifikationskonflikte auf Basis spezieller Abkommensvereinbarungen	411
(2) Lösung subjektiver Qualifikationskonflikte auf Basis des OECD- Musterabkommens	412
II. Die Qualifikation der Einkünfte des Gesellschafters (Steuerobjekt- qualifikation)	414
1. Nationales Recht	414
a) Zur Maßgeblichkeit inländischer Gewinnermittlungsvorschriften	415
b) Inhalt und Struktur der Steuerbemessungsgrundlage eines Mitunternehmers	416
(1) Gewinnanteil	416
(2) Verlustanteil (§ 15a EStG)	416
(3) Sondervergütungen	417
2. Abkommensrecht	418
a) Gewinnanteil	418
b) Sondervergütungen	420
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	423
I. Sitzstaat der Personengesellschaft	423
1. Nationales Recht	423

a) Staaten mit Mitunternehmerkonzept	424
(1) Besteuerung von Gewinnanteilen und Sondervergütungen	424
(2) Die Behandlung von Drittstaatseinkünften	425
b) Staaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	426
2. Abkommensrecht	427
a) Staaten mit Mitunternehmerkonzept	427
(1) Anwendbarkeit und Inhalt des Betriebsstättenprinzips bei Mitunternehmenschaften	427
(2) Die Behandlung von Drittstaatseinkünften	427
b) Staaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	428
II. Inlandsbesteuerung der Mitunternehmer	429
1. Nationales Recht	429
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	429
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	429
(a) Die Behandlung von im Sitzstaat der Personengesellschaft erhobenen Quellensteuern	429
(b) Die Behandlung von in Drittstaaten erhobenen Quellensteuern	430
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	431
(a) Der Verlustanteil nach § 15a EStG	432
(b) Die Wirkung des § 15a EStG im Rahmen der Anrechnungs- und Abzugsmethode	436
b) Gewerbesteuer	439
2. Abkommensrecht	439
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	439
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	439
(a) Besteuerung bei übereinstimmender Subjektqualifikation	439
(b) Besteuerung bei abweichender Subjektqualifikation	444
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	445
b) Gewerbesteuer	446
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	447

Fünfter Teil. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung

1. Kapitel. Internationaler Maßstab	453
A. Notwendigkeit einer Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	453
B. Ziele und Methoden	456
C. Grundsatz des Fremdvergleichs	458
I. Orientierungshilfen	458
II. Leitlinien für die Anwendung des Fremdvergleichs	461
1. Identifizierung der kaufmännischen und finanziellen Beziehungen	461
a) Zielsetzung und Vergleichbarkeitsfaktoren	461
b) Die vertraglichen Bedingungen des Geschäftsvorfalles	462
c) Funktionen, Kapitaleinsatz und Risiken	464
(1) Funktionsanalyse	464
(2) Risikoanalyse	464
(3) Risikofreie und risikoadjustierte Rendite	467
d) Eigenschaften der übertragenen Werte oder geleisteten Dienste	468
e) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	469
f) Geschäftsstrategien	469
2. Anerkennung der tatsächlich durchgeführten Geschäftsvorgänge	470
3. Verluste	471
4. Auswirkungen staatlicher Maßnahmen	473
5. Verwendung von Zollwerten	474

6. Standortvorteile und andere Besonderheiten eines lokalen Marktes	475
7. Mitarbeiter	476
8. Synergien innerhalb eines multinationalen Konzerns	476
III. Methoden zur Bestimmung des Arm's-Length-Entgelts	477
1. Auswahl der am besten geeigneten Verrechnungsmethode	477
2. Transaktionsbezogene Standardmethoden	480
a) Die Preisvergleichsmethode	480
b) Die Wiederverkaufspreismethode	482
c) Die Kostenaufschlagsmethode	484
3. Geschäftsfallbezogene Gewinnmethoden	488
a) Geschäftsfallbezogene Nettomargenmethode	488
b) Geschäftsfallbezogene Gewinnaufteilungsmethode	493
4. Globaler Betriebsvergleich	496
5. Festlegung der Verrechnungspreise mit Hilfe innerbetrieblicher Plandaten ..	497
6. Hypothetischer Fremdvergleich	500
a) Grundsätze	500
b) Ermittlung des Ertragswerts	501
(1) Ermittlung der zu diskontierenden Überschüsse	501
(a) Bruttzahlungsreihe	501
(b) Berücksichtigung von Steuern	502
(2) Ermittlung des Kapitalisierungszeitraums	503
(3) Ermittlung des Diskontierungsfaktors	504
c) Bestimmung des Verrechnungspreises	505
(1) Handlungsalternativen	505
(2) Transaktionskosten und Veräußerungsgewinnsteuern	506
7. Globale Gewinnerlegung	506
IV. Vergleichbarkeitsanalyse	507
1. Vergleichshandlungen	507
a) Untersuchungsschritte	507
b) Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	508
c) Analyse der konzerninternen Transaktion und Festlegung der Untersuchungsperspektive	508
(1) Gegenstand	508
(2) Gesamtvereinbarung über ein Paket von Lieferungen und Leistungen	508
(3) Vorteilsausgleich	509
(4) Festlegung der Untersuchungsperspektive	511
(5) Informationen in Bezug auf die konzerninterne Transaktion	511
d) Vergleichstransaktionen	513
(1) Datenbasis	513
(a) Alternativen	513
(b) Interne Vergleichsdaten	514
(c) Externe Vergleichsdaten und Datenquellen	514
(d) Nutzung aggregierter Daten	517
(e) Einschränkungen in der Verfügbarkeit von Fremddaten	517
(2) Auswahlprozess	517
(3) Sachgerechte Anpassungen	518
(4) Bandbreite	521
2. Zeitlicher Bezug	524
3. Wesentliche Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	527
a) Krisenhafte Entwicklungen	527
b) Vergleichbarkeitsanalyse	527

c) Verluste und die Zuordnung spezifischer Krisenkosten	528
D. Eignung der direkten Methode einer Gewinn- und Vermögensermittlung für die Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei internationaler Geschäftstätigkeit	529
I. Mögliche Schwächen der direkten Methode	529
1. Direktgeschäfte	529
2. Kapitalgesellschaften	530
3. Betriebsstätten	531
II. Mögliche Vorteile einer Erfolgs- und Vermögensabgrenzung nach der indirekten Methode	532
1. Konzeptionelle Vorteile der indirekten Methode	532
2. Kritik	533
3. Praktische Probleme	534
4. Konzeptionelle Schwächen	535
III. Fazit	536
2. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Direktgeschäften	538
A. Inländische und ausländische Erträge	538
B. Inländische und ausländische Aufwendungen	538
I. Direkt zurechenbare Aufwendungen	538
II. Mittelbarer Zusammenhang mit den Erträgen	539
III. Wechselkurserfolge	541
3. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Kapitalgesellschaften	544
A. Entwicklung des arm's length principle	544
B. Rechtsgrundlagen für Ergebniskorrekturen im internationalen Konzern	546
I. Nationales Recht	546
1. Verdeckte Gewinnausschüttung	547
a) Begriff	547
b) Rechtsfolgen	550
c) Beispiele	552
d) Vorteilsausgleich	554
2. Verdeckte Einlage	555
a) Begriff	555
b) Rechtsfolgen	557
c) Beispiele	558
d) Vorteilsausgleich	560
3. Berichtigung von Einkünften	560
a) Gegenstand	560
(1) Zielsetzung	560
(2) Anwendungsvoraussetzungen	561
(a) Nahestehende Personen	561
(b) Geschäftsbeziehungen zum Ausland	564
(c) Minderung von Einkünften aufgrund fehlender Beachtung des Fremdvergleichsgrundsatzes	566
b) Rechtsfolgen	567
(1) Korrektur der Einkünfte	567
(2) Probleme bei der technischen Durchführung der Berichtigung der Einkünfte	568
c) Verhältnis der Berichtigung von Einkünften zur verdeckten Gewinnausschüttung und zur verdeckten Einlage	568
d) Vorteilsausgleich bei der Berichtigung von Einkünften	572
II. Verhältnis der Berichtigung von Einkünften zum Unionsrecht	573
III. Abkommensrecht	576

IV. Verhältnis zwischen den nationalen und den abkommensrechtlichen Korrekturvorschriften	579
C. Präzisierung des Fremdvergleichsentgelts für Geschäftsvorgänge im Rahmen des laufenden Geschäftsverkehrs	584
I. Bestimmungen des AStG	584
II. Vertrieb von Gütern und Waren	586
1. Sachgerechte Abgrenzung der Vertriebsbeziehung	586
2. Verrechnungspreisanalyse	589
a) Art der Vertriebsbeziehung	589
b) Bestimmung der fremdüblichen Vergütung oder des Produkt- verrechnungspreises	590
III. Herstellung von Erzeugnissen	593
1. Sachgerechte Abgrenzung der Lieferungsbeziehung	593
2. Verrechnungspreisanalyse	594
a) Art der Vertriebsbeziehung	594
b) Bestimmung der fremdüblichen Vergütung oder des Produktverrech- nungspreises	595
IV. Dienstleistungen	598
1. Abgrenzung der verrechenbaren Leistungen vom Gesellschafteraufwand und der Kostenumlage nach dem Poolkonzept	598
a) Typologie konzerninterner Leistungsbeziehungen	598
b) Gesellschafteraufwand (shareholder expenses)	601
c) Verrechenbare Konzerndienstleistungen	602
(1) Leistungen mit eindeutigen Dienstleistungscharakter	602
(2) Mischfälle	603
(a) Koordinationsleistungen	603
(b) Kontrolltätigkeiten	604
(c) Planung	605
(d) Unterstützungs- und Beratungsleistungen	605
(e) Reisekosten	605
(f) Zusammenfassende Übersicht	605
d) Verwaltungspool	607
2. Verrechnungspreisanalyse	607
a) Art der Dienstleistung	607
(1) Unmittelbarer Leistungstransfer	607
(2) Mittelbarer Leistungstransfer	608
b) Bestimmung des Fremdvergleichsentgelts	609
(1) Direkte Preisverrechnung	609
(2) Indirekte Preisverrechnung	610
(a) Anwendungsbereich	610
(b) Ermittlung des Entgelts	611
(c) Bestimmung des Aufteilungsschlüssels	612
c) Konzerninterne Dienstleistungen, die zur Wertschöpfung wenig beitragen	613
V. Kostenumlagevereinbarungen	615
1. Konzeption	615
2. Sachgerechte Abgrenzung der Leistungsbeziehungen	616
a) Prüfung der wirtschaftlichen Merkmale	616
b) Kreis der möglichen Vertragspartner	617
c) Anerkennung der Vertragsbeziehung	618
3. Verrechnungspreisanalyse	618
a) Art der Kostenumlagevereinbarung	618

b) Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes	619
(1) Erwartete Vorteile	619
(2) Wert der Beiträge	621
(3) Ausgleichszahlungen	622
(4) Wechsel im Bestand der Poolmitglieder	623
VI. Finanzierungsleistungen	624
1. Das Spektrum konzerninterner Finanzierungsleistungen	624
2. Treasury-Funktionen	626
a) Konzerninterne Darlehen	626
(1) Sachgerechte Abgrenzung der finanziellen Beziehung	626
(a) Einflussgrößen	626
(b) Anerkennung der tatsächlichen Geschäftsvorfälle	628
(2) Verrechnungspreisanalyse	629
(a) Besonderheiten konzerninterner Darlehen	629
(b) Bestimmung des fremdüblichen Zinssatzes	631
(3) Sperrwirkung des abkommensrechtlichen Fremdvergleichs	634
b) Cash pooling	637
(1) Sachgerechte Abgrenzung der finanziellen Beziehungen	637
(2) Verrechnungspreisanalyse	640
c) Hedging	642
3. Finanzgarantien	643
a) Sachgerechte Abgrenzung der finanziellen Beziehungen	643
b) Verrechnungspreisanalyse	645
4. Eigenversicherer	646
VII. Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit immateriellen Werten	648
1. Besondere Verrechnungspreisgrundsätze für immaterielle Werte	648
a) Identifikation immaterieller Werte	648
b) Zurechnung von Erträgen aus der Verwertung immaterieller Werte	650
(1) Eigentum an immateriellen Werten	650
(2) Sachgerechte Abgrenzung der DEMPE-Funktionen	651
(3) Anerkennung der Risikoaufteilung im Konzern	652
(4) Anwendungsfälle	653
c) Übertragung oder Überlassung sowie Geschäftsbeziehungen unter Nutzung immaterieller Werte	653
(1) Art der Geschäftsvorfälle	653
(a) Übertragung oder Überlassung immaterieller Werte	653
(b) Geschäftsvorfälle unter Nutzung immaterieller Werte	654
(2) Verrechnungspreisanalyse	655
(a) Sachgerechte Abgrenzung der Leistungsbeziehung	655
(b) Wahl der am besten geeigneten Verrechnungspreismethode	655
(c) Preisbildung bei hoher Unsicherheit	657
2. Verrechnung von Patenten und Know-how-Lizenzen	658
a) Entgeltspflicht	658
b) Bestimmung der angemessenen Lizenzgebühr	660
(1) Übersicht	660
(2) Marktorientiertes Verfahren	660
(3) Kapitalwertorientierte Verfahren	662
(4) Gewinnaufteilungsmethode	663
(5) Kostenorientierte Ansätze	664
3. Namens- und Markenlizenzen	665
a) Entgeltspflicht	665
b) Bestimmung der angemessenen Lizenzgebühr	668

D. Ermittlung des Fremdvergleichsentgelts für die Bestandteile eines Transferpakets im Rahmen von Konzern-Restrukturierungen (Funktionsverlagerungen)	670
I. Zur Perspektive der OECD	670
II. Regelungen des deutschen Gesetz- und des Ordnungsgebers	672
1. Bestimmung der Verrechnungspreise nach dem Außensteuergesetz	672
2. Funktionsverlagerungsverordnung	674
a) Begriff der Funktion	674
b) Funktionsverlagerung	675
c) Wert des Transferpakets	677
d) Bestandteile des Transferpakets	680
e) Bestimmung des Einigungsbereichs	680
f) Schadensersatz-, Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche	681
g) Einzelheiten in Fällen nachträglicher Anpassungen	682
4. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Betriebsstätten	684
A. Besonderheiten der Gewinnabgrenzung bei Betriebsstätten	684
B. Rechtsgrundlagen	686
I. Nationales Recht	686
1. Buchführungspflicht	686
2. Gewinnermittlung	687
a) Steuerbilanzgewinn	687
b) Gewinn und Einkünfte	688
c) Entnahme und Einlage	688
d) Gewinnabgrenzung	689
3. Berichtigung der Einkünfte	692
a) Regelungsinhalt	692
b) Verhältnis von steuerlicher Gewinnermittlung und Berichtigung von Einkünften	694
c) Verhältnis zum Unionsrecht	696
II. Abkommensrecht	697
III. Verhältnis zwischen den nationalen und den abkommensrechtlichen Regelungen	699
C. Zuordnungsgrundsätze	702
I. Steuerliche Gewinnermittlung	702
1. Aufwands- und Ertragszuordnung	702
2. Zurechnung von Wirtschaftsgütern	703
3. Zurechnung von Eigen- und Fremdkapital	705
II. Außensteuerliche Gewinnabgrenzung	707
1. Rechtsgrundlage und Anwendungsbereich	707
2. Zuordnung von Personalfunktionen	709
3. Zuordnung von Vermögenswerten	710
4. Zuordnung von Geschäftsvorfällen des Unternehmens	713
5. Chancen und Risiken	714
6. Ermittlung des Betriebsstätten-Dotationskapitals	715
7. Zuordnung der übrigen Passiva und von Finanzierungsaufwendungen	718
8. Besondere Zuordnungsregelungen	720
a) Übersicht	720
b) Banken	720
c) Versicherungsbetriebsstätten	721
d) Bau- und Montagebetriebsstätten sowie Förderbetriebsstätten	722
e) Ständige Vertreter	723
f) Betriebsstätten ohne Personalfunktion („funktionslose Betriebsstätten“)	726

D. Abrechnung von internen Leistungsbeziehungen	726
I. Systematik	726
II. Entstrickungsentnahmen und Verstrickungseinlagen	727
1. Rechtsgrundlagen	727
2. Verrechnung typischer Geschäftsvorgänge	729
a) Überführung vom inländischen Stammhaus in die ausländische Betriebsstätte	729
b) Überführung und Rücküberführung von Wirtschaftsgütern in das inländische Stammhaus	732
(1) Einkünfte der Betriebsstätte sind aufgrund eines DBA freigestellt ..	732
(2) Einkünfte der Betriebsstätte sind nicht aufgrund eines DBA freigestellt	733
c) Überführung aus der inländischen Betriebsstätte in das ausländische Stammhaus und vice versa	733
d) Anteilige Nutzung von Wirtschaftsgütern	734
e) Gründung und Auflösung der Betriebsstätte	735
III. Anzunehmende schuldrechtliche Beziehungen	735
1. Rechtsgrundlagen	735
2. Typische Ausprägungsformen	736
3. Besonderheiten bei Banken und Versicherungen	739
4. Besonderheiten bei zeitlich begrenzten Betriebsstätten	740
E. Ermittlungsinstrumente	741
I. Rechtsgrundlagen	741
II. Hilfs- und Nebenrechnung	742
1. Aufstellungspflicht	742
2. Inhalt der Hilfs- und Nebenrechnung	743
F. Währungsumrechnung	744
I. Fragestellungen	744
II. Buchführungspflicht im Ausland	745
III. Qualifikation der umrechnungsbedingten Währungserfolge	746
5. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Personengesellschaften ..	751
A. Besonderheiten der Gewinnabgrenzung bei Personengesellschaften	751
I. Einführung	751
II. Umfang des Betriebsvermögens der Personengesellschaft	753
1. Gesellschaftsvermögen (Gesamthandsvermögen)	753
2. Sonderbetriebsvermögen	754
B. Rechtsgrundlagen	755
I. Nationales Recht	755
1. Übersicht	755
2. Entnahmen und Einlagen	756
3. Buchwertverknüpfung (§ 6 Abs. 5 EStG)	757
4. Entstrickungsentnahme und Verstrickungseinlage	759
a) Anwendungsvoraussetzungen und Rechtsfolge	759
b) Verhältnis zur Buchwertverknüpfung (§ 6 Abs. 5 EStG)	759
5. Berichtigung von Einkünften (§§ 1, 1a AStG)	760
a) Anwendungsvoraussetzungen und Rechtsfolge	760
b) Verhältnis zu Entnahmen und Einlagen	762
II. Abkommensrecht	764
III. Verhältnis zwischen nationalem Recht und Abkommensrecht	764
C. Lieferungs- und Leistungsverkehr der Personengesellschaft	765
I. Lieferungs- und Leistungsverkehr mit Dritten	765
II. Lieferungs- und Leistungsverkehr mit Unterbetriebsstätten	765

III. Überlassung von Wirtschaftsgütern zur Nutzung	765
IV. Übertragungsfälle zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	766
1. Entgeltliche Übertragungen	766
2. Unentgeltliche Übertragungen	768
a) Zwischen der Personengesellschaft und einem Betriebsvermögen des Gesellschafters	768
b) Zwischen der Personengesellschaft und dem Privatvermögen des Gesellschafters	769
3. Übertragungen gegen Gesellschaftsrechte	769
a) Zwischen der Personengesellschaft und einem Betriebsvermögen des Gesellschafters	769
b) Zwischen der Personengesellschaft und dem Privatvermögen des Gesellschafters	770
V. Übertragungsfälle zwischen den Gesellschaftern	770
6. Kapitel. Verfahrensrechtliche Regelungen	772
A. Besteuerungsgrundsätze	772
I. Pflichten der Finanzbehörden	772
II. Mitwirkungspflichten der Beteiligten	773
1. Allgemeine Mitwirkungspflichten	773
2. Erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandssachverhalten	773
3. Besondere Aufzeichnungen und Dokumentationspflichten	775
a) Einführung	775
b) Gegenstand der Aufzeichnungspflicht	776
c) Landesspezifische, unternehmensbezogene Dokumentation (local file)	779
(1) Sachverhaltsdokumentation	779
(2) Angemessenheitsdokumentation	780
(a) Übersicht	780
(b) Informationen aus Datenbanken oder aus dem Internet	781
(c) Bandbreiten und ihre Einengung	782
(d) Planungsrechnungen aufgrund von innerbetrieblichen Plandaten und aufgrund von Gewinnprognosen	783
d) Stammdokumentation (master file)	783
(1) Übersicht	783
(2) Inhalte der Stammdokumentation	784
e) Internationale Standards	786
4. Gesteigerte Mitwirkungspflichten bei Geschäftsvorgängen zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet	787
III. Mitteilungspflichten	788
1. Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	788
a) Einführung	788
b) Mitzuteilende Informationen	789
c) Aktuelle Entwicklungen	791
2. Mitteilung von Verrechnungspreisgestaltungen	792
a) Einführung	792
b) Kennzeichen hinsichtlich Verrechnungspreisgestaltungen	793
c) Kennzeichen hinsichtlich übriger Steuergestaltungen mit Bezug zur Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	795
IV. Internationaler Informationsaustausch	796
V. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen Mitwirkungs- und Mitteilungspflichten	798
1. Verstöße gegen die allgemeinen Auskunfts- und Vorlagepflichten	798
2. Verstöße gegen die besonderen Aufzeichnungs- und Vorlagepflichten	799

3. Verstöße gegen die Mitteilungspflichten	801
B. Internationale Streitbeilegung und -prävention	801
I. Abwicklung von Verrechnungspreisberichtigungen und Verständigungs- oder Schiedsverfahren	801
1. Übersicht	801
2. Internationale Verständigung auf Safe-Harbour-Regelungen	804
3. Verständigungs- und Schiedsvereinbarung nach DBA	804
4. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU- Schiedsverfahrenskonvention	808
5. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Streitbeilegungs- richtlinie	810
II. Vorabverständigungsverfahren (APA)	813
1. Einführung	813
2. Regelungsinhalt des abgabenrechtlichen Verständigungsverfahrens	814
3. Würdigung von Vorabverständigungsverfahren	816

Sechster Teil. Grenzüberschreitende Steuerplanung

1. Kapitel. Anknüpfungsmerkmale, Instrumente und Legitimität der internationalen Steuerplanung	819
2. Kapitel. Steueroptimale Rechtsformwahl im In- und Ausland	826
A. Systematisierung der Formen grenzüberschreitender Unternehmenstätigkeit	826
B. Grundsätzliche Belastungsunterschiede der Gestaltungsalternativen	827
I. Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	827
1. Buchführungspflicht	827
2. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	827
II. Besteuerung von Gewinnen und Verlusten	829
1. Besteuerung im Domizilstaat	829
a) Besteuerung von Gewinnen	829
b) Behandlung von Verlusten	830
2. Besteuerung im Wohnsitzstaat des Gesellschafters	830
a) Besteuerung von Gewinnen	830
b) Behandlung von Verlusten	834
III. Substanzbesteuerung	835
C. Steuerstrategien für ausländische Investoren in Deutschland (Inbound- Investitionen)	836
I. Einflussfaktoren auf die Steuerbelastung des Inlandsengagements	836
II. Durchführung des Belastungsvergleichs zwischen Tochterkapitalgesellschaft und Betriebsstätte in Deutschland	838
1. Erläuterung der Ausgangsdaten	838
2. Gewinnfall	839
a) Ausländische Spitzeneinheit in der Rechtsform eines Personen- unternehmens	839
(1) Nicht-DBA-Fall	839
(2) DBA-Fall	841
b) Ausländische Spitzeneinheit in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft	842
(1) Nicht-DBA-Fall	842
(a) Ebene der Gesellschaft	842
(b) Ebene der Gesellschafter	843
(2) DBA-Fall	845
(a) Ebene der Gesellschaft	845
(b) Ebene der Gesellschafter	845

3. Verlustfall	847
a) Nicht-DBA-Fall	847
b) DBA-Fall	848
4. Zusammenfassung	848
D. Steuerstrategien für Auslandsinvestitionen von Steuerinländern (Outbound-Investitionen)	853
I. Einflussfaktoren auf die Steuerbelastung des Auslandsengagements	853
II. Durchführung des Belastungsvergleichs zwischen Betriebsstätte und Tochterkapitalgesellschaft im Ausland	855
1. Erläuterung der Ausgangsdaten	855
2. Gewinnfall	856
a) Inländische Spitzeneinheit in der Rechtsform eines Personen- unternehmens	856
(1) Nicht-DBA-Fall	856
(2) DBA-Fall	858
b) Inländische Spitzeneinheit in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft	859
(1) Nicht-DBA-Fall	859
(a) Ebene der Gesellschaft	859
(b) Ebene der Gesellschafter	860
(2) DBA-Fall	862
(a) Ebene der Gesellschaft	862
(b) Ebene der Gesellschafter	863
3. Verlustfall	865
a) Nicht-DBA-Fall	865
b) DBA-Fall	866
4. Zusammenfassung	866
3. Kapitel. Steuerplanung bei der Unternehmensfinanzierung	871
A. Grundsätze internationaler Unternehmensfinanzierung	871
B. Finanzierung von Inbound-Investitionen	873
I. Kapitalgesellschaften	873
1. Belastungsvergleich zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung	873
2. Begrenzung der Fremdfinanzierung in Deutschland	875
a) Problematik	875
b) Zinsschranke	876
(1) Grundregel	876
(2) Ausnahmetatbestände	878
(3) Gestaltungsansätze	880
3. Angemessenheit der Vergütung	881
4. Finanzierung in der Krise	883
II. Betriebsstätten	887
1. Dotationskapital und Fremdfinanzierung	887
2. Besonderheiten bei der Begrenzung der Fremdfinanzierung in Deutschland	889
III. Personengesellschaften	889
1. Finanzierungskosten und Mitunternehmerkonzeption	889
2. Besonderheiten bei der Begrenzung der Fremdfinanzierung in Deutschland	891
C. Finanzierung von Outbound-Investitionen	893
I. Kapitalgesellschaften	893
1. Belastungsvergleich zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung	893
2. Begrenzung der Fremdfinanzierung im Ausland	900
3. Angemessenheit der Vergütung	902

II. Betriebsstätten	902
III. Personengesellschaften	904
D. Ansatzpunkte für komplexere Finanzierungsgestaltungen	906
I. Vorbemerkung	906
II. Abschirmung von Zinserträgen durch Einsatz von Finanzierungs- gesellschaften	906
III. Nutzung von Qualifikationskonflikten	910
1. Allgemeines	910
2. Qualifikationskonflikte bei hybriden Finanzinstrumenten	911
3. Zurechnungskonflikte bei Finanzierungsstrukturen	912
4. Leasing über die Grenze	914
5. Nutzung unterschiedlicher Periodisierungsvorschriften	915
IV. Weitere Ansatzpunkte für komplexere Finanzierungsgestaltungen	916
1. Steuerplanung bei Inbound-Finanzierungen	916
2. Fiktive Quellensteueranrechnung	917
4. Kapitel. Steuerplanung mit Holdinggesellschaften	918
A. Begriff und Erscheinungsformen der Holdinggesellschaft	918
B. Typische Beispiele für den Einsatz von Holdinggesellschaften	922
I. Reduzierung von Quellensteuern	922
II. Konsolidierung von positiven und negativen Ergebnissen	925
III. Steuerwirksame Finanzierung des Beteiligungsportfolios	930
IV. Minimierung der Steuerpflicht auf Veräußerungsgewinne	931
V. Geltendmachung bzw. Bewahrung von Teilwertabschreibungen und Liquidationsverlusten	932
VI. Vermeidung von Anrechnungsüberhängen	932
VII. Umformung von Einkünften	933
VIII. Nutzung von Kapitalgesellschaftsprivilegien	934
IX. Vermeidung ausländischer Erbschaftsteuern	934
C. Voraussetzungen für die Eignung eines Landes als Holdingstandort	935
D. Grenzen der Einschaltung von Holdinggesellschaften	949
I. Gesetzliche Grenzen der Steuerplanung	949
II. Maßnahmen zum Schutz der Wohnsitzbesteuerung	952
1. Ort der Geschäftsleitung	952
2. Missbrauchsvorschriften	952
3. Hinzurechnungsbesteuerung	960
III. Maßnahmen zum Schutz der Quellenbesteuerung	962
IV. Schranken durch gegenläufige Steuereffekte	968
5. Kapitel. Steuerplanung mit Verrechnungspreisen und Konzernumlagen ...	969
A. Die Aufgaben der betrieblichen Verrechnungspreispolitik	969
I. Entwicklung eines Verrechnungspreissystems	969
II. Beweismittelvorsorge	970
III. Optimale Allokation der Bemessungsgrundlagen	971
B. Verrechnungspreisstrategien für ausländische Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)	973
I. Allokation der Konzernfunktionen unter Berücksichtigung von Kapital- einsatz und Risiken	973
II. Zur Intensität unternehmerischer Funktionen im Inland	974
1. Zielsetzung	974
2. Anwendungsbereiche funktionsarmer Konzerngesellschaften	975
a) Kapitalgesellschaften	975
(1) Vertrieb	975

(2) Produktion	977
(3) Dienstleistungen	978
b) Betriebsstätten	979
(1) Personalfunktion	979
(2) Spezifische Wahlrechte	980
(a) Standardannahmen	980
(b) Immaterielle Wirtschaftsgüter	980
(c) Dotationskapital inländischer Betriebsstätten ausländischer Unternehmen	981
(d) Finanzierungen	981
III. Verrechnung konzerninterner Reallokationsmaßnahmen	982
1. Handlungsoptionen bei der Bestimmung des Fremdvergleichs- entgelts	982
a) Grundlagen	982
b) Gegenstand der Vergütungspflicht	983
c) Bewertung der übertragenen Vorteile	985
(1) Übersicht	985
(2) Bewertung des Transferpakets auf der Basis eines tatsächlichen Fremdvergleichs	986
(3) Bewertung der Bestandteile des Transferpakets auf der Basis von Einzelverrechnungspreisen	987
(4) Bewertung des Transferpakets auf der Basis des hypothetischen Fremdvergleichs	987
(5) Preisanpassung	989
2. Betriebliche Anwendungsfälle im Zusammenhang mit Inbound-Investi- tionen	992
a) Kapitalgesellschaften	992
(1) Vertrieb	992
(2) Produktion	994
(3) Dienstleistungen	996
b) Betriebsstätten	996
C. Verrechnungspreisstrategien für Auslandsinvestitionen von Steuerinländern (Outbound-Investitionen)	997
I. Das Erreichen der Abschirmwirkung als Gestaltungsvorgabe	997
1. Verlagerung des Realstandortes bei kapitalimportneutraler Besteuerung ...	997
2. Die Abhängigkeit kapitalimportneutraler Besteuerung von den rechtli- chen Rahmenbedingungen	998
3. Wesentliche wirtschaftliche Tätigkeit im ausländischen Staat	1000
II. Zur Intensität unternehmerischer Funktionen im Ausland	1002
1. Zielsetzung	1002
2. Anwendungsbereiche für ein konzerninternes Outsourcing	1003
a) Kapitalgesellschaften	1003
(1) Vertrieb	1003
(2) Produktionstätigkeit	1005
(3) Dienstleistungen	1007
(a) Managementgesellschaften, Kontroll- und Koordinierungs- stellen	1007
(b) Übernahme sonstiger Dienstleistungsfunktionen	1008
(4) Forschung und Entwicklung	1009
(a) Verrechnungsformen	1009
(b) Vermögensverwaltungsgesellschaft	1015
(c) Patent-, Lizenz- und Markenverwertungsgesellschaften	1017

b) Betriebsstätten	1020
(1) Personalfunktionen	1020
(2) Spezifische Wahlrechte im Betriebsstättenkontext	1020
(a) Ausgleichsposten	1020
(b) Dotationskapital ausländischer Betriebsstätten inländischer Unternehmen	1021
III. Sperren auf dem Weg zu einer niedrigen Konzernsteuerquote	1021
1. Abwehrmechanismen der Steuergesetzgebung	1021
2. Verrechnung konzerninterner Reallokationsmaßnahmen im Zusammen- hang mit Outbound-Investitionen	1023
a) Kapitalgesellschaften	1023
(1) Vertrieb	1023
(2) Produktion	1025
(3) Dienstleistungen	1027
(4) Forschung	1030
b) Betriebsstätten	1031
6. Kapitel. Internationale M&A-Steuerstrategien	1032
A. Vermeidung der Gewinnrealisierung	1032
I. Zur Problematik der Besteuerung gruppeninterner Transaktionen	1032
II. Das Instrumentarium des Steuerplaners	1034
1. Steuerneutrale Umstrukturierung durch Gewinnrealisierungs- aufschub	1034
a) Umwandlungssteuergesetz	1034
b) Übertragungen bei Mitunternehmerschaften, Realteilung und Überführungstatbestände	1036
c) Sicherstellung des deutschen Besteuerungsrechts	1037
2. Nutzung von Steuerbefreiungsvorschriften	1038
III. Typische Reorganisationsfälle	1041
1. Inbound-Reorganisationen	1041
a) Inkorporation einer deutschen Betriebsstätte	1041
b) Zusammenfassung von Beteiligungen in einer deutschen Holding	1044
(1) Kapitalgesellschaften als Einbringende	1044
(2) Deutsche natürliche Personen als Einbringende	1046
(3) Ausländische natürliche Personen als Einbringende	1047
c) Inländische Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen mit Auslandsbezug	1048
(1) Umwandlung einer Kapital- in eine Personengesellschaft	1048
(2) Verschmelzung	1050
(3) Spaltung	1052
d) Sitzverlegung vom Ausland ins Inland	1054
2. Outbound-Reorganisationen	1057
a) Einbringung einer Betriebsstätte in eine Auslandsgesellschaft	1057
b) Zusammenfassung von Beteiligungen in einer Auslandsholding	1059
(1) Übertragungen durch deutsche Kapitalgesellschaften	1059
(2) Deutsche natürliche Personen als Einbringende	1060
(3) Ausländische Personen als Einbringende	1061
c) Ausländische Umwandlungen mit Inlandsbezug	1061
(1) Umwandlung einer Kapital- in eine Personengesellschaft	1061
(2) Verschmelzung	1063
(3) Spaltung	1065
(4) Ausländische Umwandlungen und Hinzurechnungsbesteuerung	1066
d) Sitzverlegung vom Inland ins Ausland	1067

B. Akquisitionsgestaltung	1069
I. Inbound-Akquisitionen	1069
1. Steuerplanerische Ausgangsüberlegungen beim Unternehmenskauf	1069
2. Erwerb einer Betriebsstätte oder eines Mitunternehmeranteils	1072
3. Steuerstrategien zum Erwerb von Kapitalgesellschaften	1074
a) Erwerb des Betriebsvermögens (asset deal) oder Kauf der Anteile (share deal)	1074
b) Strukturierungsalternativen zur Verzögerung des steuerlichen Veräußerungszeitpunkts	1078
c) Wahl des Akquisitionsvehikels	1080
(1) Strukturierung des Erwerbs über eine inländische Holding-Kapitalgesellschaft	1080
(2) Strukturierung des Erwerbs über eine inländische Holding-Personengesellschaft	1081
4. Verkehrsteuerliche Aspekte (Gründerwerb- und Umsatzsteuer)	1083
5. Zusammenfassende Empfehlungen zur Auswahl des Akquisitionskonzepts	1085
II. Outbound-Akquisitionen	1086
1. Steuerplanerische Ausgangsüberlegungen beim Unternehmenskauf	1086
2. Die Gestaltung der Transaktion	1088
a) Rechtsformspezifische Erwerbsstrategien	1088
(1) Erwerb einer Auslandsbetriebsstätte	1088
(2) Erwerb ausländischer Kapitalgesellschaftsanteile	1090
(3) Erwerb einer ausländischen Personengesellschaft	1091
b) Postakquisitorische Integrationsmaßnahmen	1092
3. Ein Beispielfall: Unternehmenskauf in den USA	1093
C. Unternehmenskooperationen und Unternehmenszusammenschlüsse	1099
I. Joint Ventures	1099
1. Definition, Motivation und Vertragsgestaltung	1099
2. Formen der Zusammenarbeit	1101
a) Schuldrechtliche vs. gesellschaftsrechtliche Joint Ventures	1101
b) Vertrags-Joint-Ventures	1102
c) Gemeinschaftsunternehmen	1103
3. Steueroptimierung bei der Standort- und Rechtsformwahl	1108
a) Steuerliche Zielsetzungen eines Joint-Venture-Partners	1108
b) Personengesellschaftsstrukturen	1111
(1) Deutsche Joint-Venture-Personengesellschaft	1111
(2) Ausländische Joint-Venture-Personengesellschaft	1113
c) Kapitalgesellschaftsstrukturen	1114
(1) Deutsche Joint-Venture-Kapitalgesellschaft	1114
(2) Ausländische Joint-Venture-Kapitalgesellschaft	1115
(3) SE als Joint-Venture-Kapitalgesellschaft	1117
d) Direktzuordnung von Gewinnbestandteilen zu einzelnen Partnern	1118
4. Schlussfolgerungen für die Steuerstrategie	1121
II. Internationale Fusionen börsennotierter Gesellschaften (merger of equals) ...	1123
1. Abgrenzung von internationalen Fusionen und Joint Ventures	1123
2. Gestaltungsalternativen und steuerliche Konsequenzen	1123
Literaturverzeichnis	1129
Entscheidungsregister	1225
Stichwortverzeichnis	1251